

Rundbrief

BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

1

2015

8. Mai 1945 – Befreiung, was sonst!



DIE LINKE.

INHALT

EDITORIAL	3
Julia Wiedemann	

AKTUELLES

Verfassungsschutz leichter verstehen	4
Petra Pau	

Für einen grundsätzlichen Wandel in der Flüchtlingspolitik	6
Ulla Jelpke	

Definitiv kein Grund zum Feiern	
Zwei Jahre NSU-Prozess	9
Friedrich Burschel	

*gida – Verstärker gesellschaftlicher Stimmung	
und politischer Stimmungsmache	11
Juliane Nagel	

Der lange Atem – Demos und Gegendemos in Berlin	13
Katina Schubert	

GESCHICHTLICHES

»Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung« –	
Gedanken zum 70 Jahrestag der Befreiung vom Faschismus	15
Reiner Zilkenat	

Der Völkermord an den Armeniern vor 100 Jahren	
und die Debatte um den Begriff	18
Julia Wiedemann	

AUSCHWITZ. Die Geschichte des Vernichtungslagers	
Rezension zu einem Buch von Susanne Willems,	
Frank und Fritz Schumann	21
Horst Helas	

INFORMATIONEN

Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag 2014/2015 –	
ein Überblick	22
Gerd Wiegel	

An alle Engagierten und Interessierten:	
Werdet Mitglied der Bundes-Arbeitsgemeinschaft	
Antifaschismus der Partei DIE LINKE!	24

DIE LINKE.

Rundbrief ISSN 1864-3833

Der Rundbrief erscheint bei Bedarf, mindestens zweimal im Jahr, und wird herausgegeben von der AG Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.

V.i.S.d.P. Julia Wiedemann

Adresse: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030 24009-216
E-Mail: julia.wiedemann@die-linke.de

Gegenstand der Rundbriefe sind Analysen, Erfahrungen, Nachrichten, Rezensionen und Untersuchungen zum Thema Rechtsextremismus und rechter Zeitgeist. Damit soll die antifaschistische Arbeit demokratischer Organisationen und interessierter Personen unterstützt werden. Der Rundbrief ist über die AG zu beziehen. Zuschriften und Beiträge sind willkommen.

Layout und Satz: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser, wie es so öfter kommt im Leben, erhalten Menschen neue Aufgaben, gehen neue Wege und müssen andere Aufgaben dafür abgeben. So erging es auch der bisherigen Redaktion des Rundbriefes, weshalb es eine Weile dauerte, bis diese Ausgabe des Rundbriefes erscheinen konnte. Die BAG Antifaschismus möchte an dieser Stelle bei allen Leserinnen und Lesern um Verständnis bitten. Und wir wollen uns von Herzen bedanken für die unzähligen Stunden ehrenamtlicher Arbeit, für ihre vielen Ideen, ihren Fleiß und die Geduld, die unsere beiden Redakteure Yves Müller und Reiner Zilkenat über Jahre in dieses Heft gesteckt haben!

Seit Erscheinen unseren letzten Heftes ist viel passiert, über das geschrieben werden müsste. Nur einiges davon wird in diesem Heft Platz finden können. Das Thema Flüchtlinge ist zu einem zentralen Thema geworden. Ulla Jelpke, flüchtlingspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, stellt in ihrem Artikel die Forderungen der LINKEN im Bundestag dazu vor. Auch wenn die mediale Berichterstattung dazu zurück geht, er läuft noch immer, der Prozess gegen Beate Zschäpe und vier mutmaßliche Unterstützer des NSU. Fritz Burschel blickt zurück auf zwei Jahre NSU-Prozess. Petra Pau geht in ihrem Beitrag besonders auf die Verwicklungen des Verfassungsschutzes im NSU-Netzwerk ein.

Juliane Nagel aus Leipzig und Katina Schubert aus Berlin schreiben über PEGIDA und Co. Auch wenn die Demonstrationen deutlich in der Teilnehmerzahl geschrumpft sind, ihren Einfluss auf den öffentlichen Diskurs haben die Akteure längst deutlich gemacht.

Nicht nur die Frage, mit welchen Mitteln Linke ausdauernd und nachhaltig verbreiteter Fremdenfeindlichkeit begegnen können ist aktuell, sondern auch die Frage der Organisation der Solidarität mit den Geflüchteten und die Zurückweisung

von Gewalt gegen Flüchtlinge, wo immer und in welcher Form sie auftreten. Sofort und lauthals in aller Öffentlichkeit. Die hier versammelten Beiträge zeigen, wie vielfältig und anspruchsvoll die sich hier ergebenden Aufgaben antifaschistischer Politik sind. Deutlich wird, dass wir erst am Anfang der Bemühungen um breite Bündnisse mit nachhaltiger Wirkung stehen. Vielleicht müssen wir auch unsere theoretischen Analysen präzisieren und neue praktische Wege gehen.

Das Jahr 2015 ist ein Jahr des Gedenkens. Reiner Zilkenat erinnert anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung an eine Rede von Richard von Weizsäcker 1985 vor dem Hintergrund der Debatte um Aufarbeitung. Und in diesem Jahr wird an den Völkermord an den Armeniern vor hundert Jahren erinnert. Darüber und über die Debatte um den Völkermord-Begriff schreibt Julia Wiedemann.

Wie so oft, wenn es um Jubiläen historischer Ereignisse geht, gibt es je nach Sichtweise von Fachleuten wie Beteiligten und Betroffener kontroverse Darstellungen. Sie genau zu bestimmen und kulturvoll darüber zu debattieren, das bleibt eine Aufgabe, der sich Linke besonders verpflichtet fühlen sollten.

Noch ein Wort in eigener Sache:

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus braucht neue Mitglieder! Wir werben deshalb darum, dass noch mehr Aktivist*innen sich auch zu einer Mitgliedschaft entschließen. Das wieder regelmäßigeres Erscheinen des »Rundbriefes« soll dafür ein Ansporn sein.

Wir wünschen eine gute Lektüre.

Julia Wiedemann,
Sprecherin der BAG Antifaschismus
der Partei DIE LINKE

AKTUELLES

Verfassungsschutz leichter verstehen

Es hätte der unsäglichen NSU-Nazi-Mord-Serie gewiss nicht bedurft, um auf Distanz zu den Ämtern für Verfassungsschutz (VS) zu gehen. Aber alle Untersuchungen in Parlamenten und Recherchen von Journalisten bestätigen: Im Zentrum des Staatsversagens beim NSU-Desaster agierten genau sie. Darin waren wir uns übrigens im Bundestag über Fraktionen hinweg einig. Doch bei den Schlussfolgerungen blieben natürlich Differenzen, gravierende. CDU/CSU und SPD wollen den Verfassungsschutz reformieren und besser kontrollieren. DIE LINKE und Teile von Bündnis 90/Die Grünen möchten ihn als Geheimdienst auflösen und die unsägliche V-Leute-Praxis sofort beenden.

Nun hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit ihm würden die Ämter für Verfassungsschutz gestärkt und gravierende Mängel aus dem NSU-Versagen behoben. Sagt er. Im Kern geht es um zwei Punkte. Die V-Leute-Praxis soll rechtlich geregelt und der Informationsfluss zwischen den Ämtern verbessert werden.

Die Zeitung »Das Parlament« hat dazu eigens eine Beilage in »leichter Sprache« herausgegeben. Dort heißt es: »Die Arbeit des Geheimdienstes ist schwer. Denn: Es arbeiten sehr viele Behörden zusammen. Die Bundesregierung möchte die Zusammenarbeit gerne verbessern. Damit nicht mehr so viele schlimme Sachen passieren.« Weiter steht da leicht verständlich geschrieben: »Auch soll es im Gesetz Regeln für V-Leute geben. Das bedeutet zum Beispiel: Die Männer müssen über 18 Jahre alt sein, um für den Geheimdienst arbeiten zu können. Sie müssen sich so verhalten, dass ihre geheime Arbeit nicht auffällt. Sie dürfen auch noch keine schlimmen Sachen gemacht haben.«

Nun bin ich sehr für »leichte Sprache«. Kompliziertes wird so für manche fassbarer, Falsches deswegen aber mitschleichen richtiger. Die Autoren haben einfach die Botschaften des Innenministers 1:1 übersetzt. Zu ihnen gehören: V-Leute der Ämter für Verfassungsschutz dürfen szenetypische Straftaten begehen, zum Beispiel den Hitler-Gruß zeigen, mehr aber nicht, schon gar keine Körperverletzungen oder Mordversuche. Jedenfalls »grundsätzlich!« Was heißt: Es kann Ausnahmen geben. Zum Beispiel wenn das Informationsbedürfnis der Ämter schwerer wiege, als die Straftat der V-Leute. In solchen Fällen habe künftig der Chef des jeweiligen Amtes für Verfassungsschutz persönlich zu wägen und zu entscheiden. So will es der Gesetzentwurf, der nunmehr in den Ausschüssen des Bundestages verhandelt wird. Also tauchen wir mal ab in die VS-NSU-Tiefen.

Carsten S. war als strammer Nazi aus Brandenburg bekannt. So hatte er gemeinsam mit rechtsextremen Kumpanen versucht, einen Nigerianer zu erschlagen, zu verbrennen, zu ersäufen. Das Opfer entkam nur knapp dem Tod. Carsten S. wurde zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Von da an wurde er für den Verfassungsschutz interessant, als V-Mann »Piatto«. Sein V-Mann-Führer vom Verfassungsschutz chauffierte »Piatto« verlässlich aus dem Knast zu Nazi-Konzerten. So blieb Carsten S. in der Szene und für sie aktiv. Später absolvierte Carsten S. ein Praktikum. Obendrein hatte er eine Festanstellung in Aussicht. Das beeindruckte offenbar auch eine Richterin. Er wurde vorzeitig entlassen mit der klaren Auflage, sich künftig strikt von der Nazi-Szene fern zu halten. Allerdings wurden der Richterin damals zwei wesentliche Fakten verschwiegen: Das gelobte Praktikum hatte »Piatto« in einem Nazi-Szene-Laden in Sachsen. Und seine mögliche Festanstellung sollte eine neue Filiale desselben im Raum Berlin-Brandenburg sein. Alles von Verfassungsschutz' Gnaden, Täuschung der Justiz inklusive. Kurzum: Ämter für Verfassungsschutz halfen, Verfassungsfeinde aufzubauen, anstatt die Verfassung zu schützen.

Ich hatte den V-Mann-Führer von Carsten S. alias Piatto übrigens im Untersuchungsausschuss gefragt: »Wie sehen Sie das im Rückblick. Glauben Sie nicht auch, dass das ein fataler Fehler war.« Seine Antwort war eindeutig: »Nein!« Wochen später wurde derselbe Piatto-Führer, Herr Meyer-Plath, Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen, also neuer Chef-Entscheider. Mit anderen Worten: Die Moral, die der Bundesinnenminister aus seinem V-Leute-Gesetz heraus liest, erhebt letztlich die staatliche Unmoral aus dem NSU-Desaster zum Recht.

Nachdem ich in einer aktuellen Plenardebatte des Bundestages an all das erinnert hatte, sagte mir eine wohlwollende Zuhörer:in: »Das mit den Nazi-V-Leuten habe ich nun verstanden. Aber wie sollen die Behörden sonst an brauchbare Informationen aus den Nazi-Netzwerken kommen? Und kann es denn falsch sein, wenn sie offener miteinander kommunizieren?« Zwei nahe liegende Fragen, finde ich. Nur was heißt »brauchbare«, was »offener« und was »miteinander«? Also zurück zur »Piatto«-Geschichte und dem NSU-Staatsversagen:

Der V-Mann »Piatto« lieferte tatsächlich Informationen. Verkürzt diese: Das untergetauchte Trio aus Jena ist wahrscheinlich in Sachsen. Sie brauchen Geld und neue Papiere. Sie suchen Waffen und wollen sich ins Ausland absetzen. Später:

Sie brauchen kein Geld mehr, planen aber weitere Anschläge. Das also wusste der Verfassungsschutz in Brandenburg. Und dieses Wissen teilte er mit den Ämtern für Verfassungsschutz in Thüringen und Sachsen, offen und gemeinsam. Nicht aber mit den Landeskriminalämtern in Brandenburg, Sachsen, Thüringen und im Bund, mit jenen also, die nach dem Trio fahndeten. Die wiederum sagten uns im Ausschuss unisono: Hätten wir das gewusst, so wären wir dem Nazi-Trio auf die Spur gekommen, und zwar bevor deren Mordserie begann. Für sie bleiben die V-Mann-Informationen unbrauchbar.

Denn die Kriminalämter sollten und durften sie aus Prinzip nicht erfahren, weil sonst womöglich der Informant, also »Piatto«, aufgefliegen wäre. In Geheimdienstkreisen gilt weiterhin ehern: Der Schutz ihrer Quellen geht vor Strafermittlungen. Und das war nicht nur im Fall »Piatto« so. In Kassel wurde von der NSU-Bande der Besitzer eines Internetcafés ermordet. Zur Tatzeit am Tatort war ein Beamter des Verfassungsschutzes. Er war zugleich V-Mann-Führer, auch ins Nazi-Milieu hin-

ein. Die Polizei wollte ihn als Zeugen befragen, durfte es aber nicht. Es kam zum Konflikt zwischen Landeskriminalamt und Landesamt für Verfassungsschutz, zwischen Ermittlungen und Quellenschutz. Der zuständige Innenminister entschied zugunsten des Geheimdienstes. Inzwischen wurde der damalige Entscheider, Volker Bouffier, Ministerpräsident von Hessen.

Nichts von alledem stellt der neue Gesetzentwurf von Bundesinnenminister Thomas de Maizière auch nur ansatzweise infrage: nicht die Prinzipien, nicht die Praktiken, nicht die Personalien. Alles bleibt beim Alten, ausgenommen: Es soll noch mehr Geld und Befugnisse für die Verfassungsschutzämter geben. Oder in leichter Sprache formuliert: Geheim-Dienste haben es manchmal schwer, Schlimmes zu tun. Das soll nun besser gehen.

Petra Pau

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Für einen grundsätzlichen Wandel in der Flüchtlingspolitik

Das Mittelmeer wird zum Massengrab für Flüchtlinge. Allein an einem einzigen Wochenende im April ertranken über 1000 Menschen beim Versuch, mit völlig überfüllten, nicht seetauglichen Kuttern von Libyen aus an die EU-Küsten zu gelangen. Der Bundestag gedachte der Toten mit einer Schweigeminute während die Staats- und Regierungschefs der EU zu einem Sondergipfel zusammen kamen. Es waren fürwahr Krokodilstränen, die hier rollten. So, wie zuvor schon bei anderen Flüchtlingstragödien, zum Beispiel vor Lampedusa. Ein Anlass für eine Umkehr der EU-Flüchtlingspolitik war der Tod im Mittelmeer noch nie, stets wurde nach kurzen Betroffenheitsfloskeln wieder zur Tagesordnung übergegangen.

Und die heißt Abschottung der Festung Europa, Abwehr und Abschreckung von Flüchtlingen und Schutzsuchenden. So wurde im vergangenen Jahr die Seenotrettungsoperation »Mare Nostrum« der EU kurzerhand aus angeblichem Geldmangel eingestellt – und damit den Tod von Hunderten Flüchtlingen billigend in Kauf genommen. Wenige Tage vor der erneuten Schiffskatastrophe rechtfertigte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) dies noch einmal mit der Begründung, »Mare Nostrum« habe als Beihilfe für das Schlepperunwesen fungiert. Die Abschottungspolitik der EU, die legale Wege für die Einreise von Flüchtlingen versperrt, ist die Ursache dafür, dass Flüchtlinge sich trotz des damit verbundenen tödlichen Risikos auf die Schiffe begeben.

Fähren statt Kanonenboote

Notwendig wäre ein radikaler Wandel in der Flüchtlingspolitik. Flüchtlinge, die Asyl in Europa beantragen wollen, brauchen gefahrlose Möglichkeiten der Einreise. Doch die EU steuert genau in die entgegengesetzte Richtung. Sie rüstet zum regelrechten Krieg gegen Flüchtlinge. Man solle sich von der gegen Piraterie gerichteten Militäroperation Atalanta vor Somalia zu solchen Operationen gegen Schleuser im Mittelmeer inspirieren lassen, heißt es in einem Zehn-Punkte-Programm der EU. Flüchtlingsboote sollen also bereits an der afrikanischen Küste von der Kriegsmarine zerstört werden. So etwas auch noch als Verteidigungsoperation auszugeben, zeigt das Ausmaß der inhumanen Hysterie der EU in Bezug auf Flüchtlinge. Natürlich gibt es Schleuser, die für Unsummen von Geld Menschen auf seeuntauglichen Kuttern ohne ausreichend Wasser und Nahrung in See stechen lassen.

Doch ihnen jetzt die Schuld an den Schiffskatastrophen zu geben, entspricht der Haltet-den-Dieb-Logik. Denn die EU hat mit ihrer Abschottungspolitik selbst die Geschäftsgrundlage für diese skrupellosen Geschäftemacher geschaffen. Um es zugespitzt zu sagen: wenn Europa wirklich etwas gegen das Massensterben im Mittelmeer unternehmen will, dann sollten nicht Kriegsschiffe sondern Fähren an die afrikanische Küste geschickt werden – damit Flüchtlinge gefahrlos nach Europa kommen und dort ihre Asylanträge vorbringen können.

Flüchtlingsinhaftierungsgesetz

So wie jeder Kriegskurs nach außen mit einem Anziehen der Repressionsspirale im Inneren begleitet wird, findet auch der Krieg der EU gegen Flüchtlinge seine Entsprechung in der deutschen Innenpolitik. Bei einem derzeit debattierten und im Juni zur Abstimmung stehenden Gesetzentwurf der konservativ-sozialdemokratischen Regierungskoalition zur »Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung« handelt es sich um die mit Abstand schärfsten Einschnitte in das Aufenthaltsrecht seit der faktischen Abschaffung des grundgesetzlich garantierten Asylrechts 1993. Erklärtes Ziel des Gesetzesentwurfs ist die schnelle und konsequente Ausweisung und Rückführung von Geflüchteten, deren Asylanträge als »offensichtlich unbegründet« eingestuft werden oder die über ein »sicheres Drittland« eingereist sind. Und als solche gelten unter anderem alle EU-Staaten. Zudem soll die Abschiebehaft derart massiv ausgebaut werden, dass sie praktisch jeden Flüchtling treffen kann. Schon wenn ein Asylsuchender einen Schleuser bezahlt hat, kann dies zu Abschiebehaft führen. Doch ohne Schleuser könnten Flüchtlinge den gefährlichen Weg über das Mittelmeer meist gar nicht erst nehmen. Ein weiterer Grund für Abschiebehaft soll nun darin bestehen, dass ein Flüchtling keinen Pass besitzt oder er über einen anderen EU-Staat nach Deutschland gekommen ist – was zumindest auf dem Landweg für Flüchtlinge gar nicht zu vermeiden ist. Abgelehnte Asylsuchende sollen künftig mit einem Einreise- und Aufenthaltsverbot belegt werden, selbst wenn sie freiwillig ausgewandert sind. Flüchtlinge sollen also dafür bestraft werden, dass sie ihr zumindest noch im Grundgesetz vermerktes Recht in Anspruch genommen und um Asyl gesucht haben. Die Leidtragenden für diese repressive Maßnahme werden vor allem Roma aus den Balkanstaaten sein, denen dann neben der Möglichkeit zur legalen Einwanderung

derung auch kurzfristige Aufenthalte, z. B. für den Besuch von Verwandten in der EU versperrt bleiben. Kritiker wie Flüchtlingsaktivisten und die Linksfraktion sprechen bezüglich des Gesetzentwurfs von einem regelrechten Flüchtlingsinhaftierungsgesetz.

Paradigmenwechsel notwendig

DIE LINKE tritt dagegen für einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik ein – weg vom Abschreckungsregime und hin zu einer Integrationspolitik von Anfang an. Denn es ist eine Realität, dass die Mehrzahl der Asylsuchenden, die Deutschland erreichen, hier einen Schutzstatus erlangen und damit längerfristig oder dauerhaft hier leben werden. Schon die Zeit des Asylverfahrens sollte daher für integrative Maßnahmen genutzt werden. Selbst Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat sich für Sprach- und Integrationskurse für Flüchtlinge bereits vor ihrer Anerkennung ausgesprochen – allerdings nur, wenn diese gute Chancen auf Asylanerkennung haben. Demgegenüber will DIE LINKE nicht in »gute« und »schlechte« Flüchtlinge – abhängig von ihren Chancen und ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit unterscheiden. Sie fordert daher, allen Flüchtlingen von Anfang an einen Zugang zu Sprachkursen zu ermöglichen.

In der Asyl- und Aufenthaltsgesetzgebung wurden auf Bundesebene erste zaghafte Schritte unternommen, bestehende Integrationshemmnisse zu beseitigen. So wurde die Geltungsdauer aufenthaltsbeschränkender Maßnahmen (Residenzpflicht) auf die ersten drei Monate beschränkt, ebenso wie das Arbeitsverbot, danach gilt für ein Jahr ein nachrangiger Arbeitsmarktzugang; statt nach vier Jahren erhalten Asylsuchende nach 15 Monaten Leistungen analog zum ALG II (»Hartz IV«), statt Sachleistungen erhalten sie nun vorrangig Bargeld. Der Bundesgesetzgeber hat allerdings zahlreiche Möglichkeiten geschaffen, gegen unerwünschte und als widerspenstig empfundene Flüchtlinge an den alten Restriktionen festzuhalten.

DIE LINKE fordert hier eine vollständige Aufhebung aller diskriminierenden und integrationshemmenden Sondergesetze gegen Asylbewerber. Anstatt des rassistischen Sonderrechts des Asylbewerberleistungsgesetzes sollten Flüchtlinge in die sozialen Systeme einschließlich der Gesundheitsversorgung eingebunden werden. Solange das Asylbewerberleistungsgesetz fortbesteht und damit die Gesundheitsversorgung eingeschränkt ist, tritt DIE LINKE in den Ländern dafür ein, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, die Kommunen am »Bremer Modell« in der Gesundheitsversorgung zu beteiligen. Eine gemeinsame Verwaltungsvereinbarung der Kommunen mit einer Krankenkasse brächte für beide Seiten einen Gewinn und würde die Situation der Betroffenen verbessern. Zudem sollten alle Einschränkungen zum Arbeitsmarkt vollständig abgeschafft werden – eine Forderung, die auch die

Bundesagentur für Arbeit teilt. Somit werden Asylsuchende die Möglichkeit haben, selbst zu ihrem Lebensunterhalt beizutragen anstatt gegen ihren Willen zu abhängigen Leistungsempfängern gemacht zu werden.

Flüchtlingsaufnahme ist Bundesverantwortung

Fluchtursachen sind global und der Flüchtlingsschutz ist eine internationale Verpflichtung. Doch in Deutschland wird die Verantwortung derzeit auf das schwächste Glied der Kette – die Kommunen – abgewälzt. Die Folgen dieser Politik sind bekannt: überforderte Kommunen bringen Asylbewerber in menschenunwürdigen Provisorien unter oder schieben sie in die Pampa ohne Verkehrsanbindung ab. Wenn Flüchtlingsunterbringung dann noch zu Lasten anderer öffentlicher Aufgaben geht – wenn deswegen Schwimmbäder oder Jugendklubs geschlossen werden, ist die Ablehnung in der Bevölkerung vorprogrammiert und Pegida und Neonazis reiben sich die Hände.

Damit Länder und Kommunen finanziell entlastet werden und sich auf ihre Kernkompetenz in der Flüchtlingspolitik konzentrieren können – die Integration der Flüchtlinge vor Ort durch ihre Einbindung in die städtische Infrastruktur, rechtliche und soziale Betreuung, Bildung und Arbeit – tritt DIE LINKE für eine Aufnahmepolitik in maßgeblicher Verantwortung des Bundes ein. Notwendig ist eine dauerhafte strukturelle Neuregelung zur Entlastung der Kommunen – und keine einmaligen Geldüberweisungen durch den Bund.

Ein Flüchtlingsaufnahmegesetz soll die dauerhafte Übernahme der Kosten für Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern während ihres Verfahrens und eine gewisse Übergangszeit durch den Bund regeln. Zudem soll ein solches Gesetz der bisherigen – von der Finanzkraft der Kommunen und der Willkür örtlicher Verantwortlicher abhängigen – Flickschusterei ein Ende bereiten und bundesweit einheitliche und gute Mindeststandards für Flüchtlingsaufnahme und Unterbringung definieren. Dabei geht es der LINKEN nicht alleine um eine finanzielle Umverteilung zugunsten von Ländern und Kommunen – eine Forderung, der sich auch das SPD-Präsidium deutlich angenähert hat. Es geht vor allem auch um einen inhaltlichen Wandel in der Aufnahmepolitik.

Dazu will DIE LINKE das bisherige Zwangssystem der Flüchtlingsunterbringung aufbrechen. Schutzsuchende werden derzeit nach einer bürokratischen Quote über die Bundesländer verteilt und in große Aufnahmelager gesteckt. Dies gilt auch dann, wenn sie Verwandte oder Freunde in Deutschland haben, bei denen sie kostengünstiger und sozial angebunden unterkommen können. Flüchtlinge sollten die Möglichkeit haben, dezentral und in normalen Wohnungen zu leben. In den Gemeinschaftsunterkünften, in denen zumindest vorübergehend Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur in ei-

ner Situation großen persönlichen Stresses auf relativ engem Raum untergebracht werden, sind Konflikte vorprogrammiert. Die zwangsweise Unterbringung in Massenunterkünften ist nicht nur vielfach menschenunwürdig. Sie ist aufgrund des Bürokratie- und Kontrollaufwands sogar mit Mehrkosten verbunden. Das gilt auch für die Versorgung mit Sach- statt Geldleistungen. Das zeigt der Vergleich des Bundeslandes Bayern, in dem diese allein der Abschreckung dienenden Maßnahmen im besonderen durchgezogen wurde, mit anderen, hier liberaler agierenden Ländern. DIE LINKE tritt dafür ein, nicht in Abschreckungsmaßnahmen sondern in Integrationsleistungen zu investieren.

Notwendig ist auch eine Reform im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Denn die derzeitigen langen Verfahrensdauern von durchschnittlich mehr als sieben Monaten sind inakzeptabel. Selbst der Koalitionsvertrag benannte drei Monate als Ziel. Doch dafür braucht das BAMF deutlich mehr neue Stellen. Zugleich müssen sinnlose Aufgaben gestrichen werden wie etwa die nach drei Jahren obligatorischen Asylwiderrufsprüfungen, die in 95 Prozent aller Fälle zu nichts führen. Damit werden Kapazitäten gebunden und bereits anerkannte Flüchtlinge unnötiger psychischer Belastung ausgesetzt. DIE LINKE schlägt zudem eine einmalige »Altfallregelung« durch Erteilung eines Flüchtlingsstatus bei überlanger Verfahrensdauer vor, um den derzeitigen Bearbeitungsstau von rund 200.000 Anträgen abzubauen.

Fluchtursachen bekämpfen

Abschließend sollte daran erinnert werden, dass die EU – und damit auch die Bundesrepublik – selber zur Schaffung von Fluchtursachen beitragen. Mit ihrer neoliberalen Wirtschaftspolitik entziehen sie vielen Menschen außerhalb Europas die Lebensgrundlage. Mit der Einführung von subventionierten Nahrungsmitteln werden heimische Märkte in Afrika zerstört. Die EU-Fangflotte fischt die afrikanischen Küstengewässer leer. Die Kriegspolitik von EU und NATO in Afghanistan, die Zerschlagung des libyschen Staates durch einen von mehreren EU-Staaten unterstützten Luftkrieg 2011, die andauernden Waffenlieferungen an die Türkei und despotische Golfmonarchien sowie die Aufrüstung von dschihadistischen Söldnertruppen in Syrien tragen ebenfalls zur Flucht unzähliger Menschen bei. DIE LINKE tritt daher für eine friedliche Außenpolitik, das Verbot von Rüstungsexporten und die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung ein. Nicht den Flüchtlingen sollte der Krieg erklärt werden, sondern den unmenschlichen Zuständen, die immer mehr Menschen zum Verlassen ihrer Heimat und einer gefährlichen Flucht in die Fremde zwingen.

Ulla Jelpke

Innenpolitische Sprecherin der Fraktion
DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Definitiv kein Grund zum Feiern

Zwei Jahre NSU-Prozess¹

Was ist wichtig? Nach 200 Prozesstagen und fast zwei Jahren NSU-Prozess wird es zunehmend schwieriger, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Zu viele Prozesstage, zu viel Stoff, zu viele Details, zu viele Zeugen, zu viel Pausen, zu viel Leerlauf und gleichzeitig zu viel Geschehen im Saal A101 in München, das sich allenfalls noch anekdotenhaft darstellen lässt.

Die Aufregung der Wochen vor dem Prozess als zwei turbulente und von allen Medien gehypte Akkreditierungsrunden uns im April 2013 in Atem hielten und als viele Medienschaffende noch dachten, mit ihrer Zulassung zum Verfahren das große Los gezogen zu haben, ist verflogen. Einige der Ausgewählten sind sich unterdessen nicht mehr so sicher, ob das Losglück nicht letztlich ein Fluch war. Nicht nur der monströse Inhalt des Verfahrens, ebenso die Arbeitsbedingungen im Münchener Gerichtsbunker sind auch für hartgesottene Berichterstatterinnen und Berichterstatter enorm belastend. Verstörend auch der Umgang des Vorsitzenden Richters Götzl mit den unterdessen rund 50 Zeuginnen und Zeugen aus der Nazi-Szene und etlichen vorgeladenen ehemaligen Nazi-V-Männern: gewiss nicht zu früh brach es am 199. Prozesstag aus Nebenklageanwalt Yavuz Narin – er vertritt die Familie Boulgarides – heraus. Er schäme sich, so bekannte Narin, wenn er außerhalb des Gerichtssaals gefragt werde, wie es sein könne, dass offensichtlich lügende Nazis stets ungeschoren den Gerichtssaal verlassen und sich im Anschluss im Internet oder in Sozialen Medien verächtlich über das »Affentheater« in München äußern könnten. Narin sagte, er würde sich wünschen, dass Richter Götzl mal in der Weise, wie er mit ihm und anderen Nebenklage-Anwält_innen umspringe, auch mal Nazi-Zeugen auf die Hörner nehmen würde. Tatsächlich legt der große Vorsitzende, der den Prozess eisern autokratisch lenkt, eine erstaunliche und inzwischen kaum noch nachvollziehbare Langmut an den Tag, die den offenen Lügen, vorgeschobenen Erinnerungslücken, frechen Provokationen und dreisten Auftritten in keiner Weise mehr angemessen scheint. Gegenüber der Nebenklage aber fährt der Richter schon beim geringsten Anlass einen irgendwie hilflos wirkenden Jähzorn hoch, der eher peinlich berührt als einschüchtert. Die rechte, terroraffine Szene im Lande lacht sich schon jetzt ins Fäustchen. Und das ist für den Umgang mit dieser dunkelbraunen Klientel nichts weniger als fatal.

Auch gegenüber der nach wie vor aus kaum noch nachvollziehbaren Gründen von ihrer Verteidigung zum Schweigen verdonnerten und sich stur unbekümmert gebenden Hauptangeklagten legt Richter Götzl eine exquisite Rücksichtnahme

an den Tag. Ihr Wohlbefinden ist ein ums andere Mal Thema und sorgt weiter eher für Ent-, denn für die vielbeschworene Beschleunigung des Verfahrens: zuletzt reduzierte Götzl aufgrund des »psychischen Drucks«, der auf Frau Zschäpe laste, die wöchentliche Frequenz der Verhandlung von drei auf zwei Tage – mit unabsehbaren Folgen für die Gesamtdauer des Verfahrens, das schon jetzt bis Januar 2016 terminiert ist. Für alle aus allen Himmelsrichtungen zum Teil nach Tagesreisen eintreffenden Prozessbeteiligten und Dauergäste im Saal des Münchener Oberlandesgerichts schlicht ein Alptraum.

Dabei durften andere Tendenzen in der Verhandlungsführung des Vorsitzenden durchaus hoffnungsfroh stimmen: auch Götzl scheint inzwischen klar zu sein, dass die hartleibige Grundthese der Anklage, es habe sich beim NSU um eine isolierte Dreierzelle gehandelt und ein winziges Unterstützer_innen-Umfeld, so keinesfalls haltbar ist. Sonst hätte er die zahlreichen Szene-Zeugen ja auch nicht geladen, die er dann irgendwie lustlos und langatmig bei ihren unverschämten Auftritten gewähren lässt. Auch dem Verdacht, dass zumindest Teile des Verfassungsschutz genannten Inlandsgeheimdienstes tiefer in das Geschehen verstrickt sein könnten als es die Begriffe »Pannen« und »Versagen« suggerieren, gibt der Vorsitzende mehr Raum als der Bundesanwaltschaft lieb sein kann: vom besonders zwielichtigen hessischen Landesamt lud Götzl Mitarbeiter bis hinauf zum damaligen Behördenleiter mit dem sprechenden Namen Irrgang vor.

Diejenigen aber, die große Hoffnungen auf den Prozess und die Aufklärung der Verbrechen der Nazi-Terroristen gelegt hatte, bleiben dem Verfahren weitgehend fern. Für die Angehörigen der Mordopfer und die Betroffenen der Bombenanschläge des NSU bleibt der Prozess in dieser Form eine Zumutung. Ihre Ansprüche und Forderungen bleiben höchstens Randnotiz, die Aufmerksamkeit für ihre Leiden ist am Schwinden. Zu Beginn des Jahres rückte die »Abarbeitung« des Nagelbombenanschlages in der Keupstraße noch einmal den Horror der Anschläge und das Trauma der vielen Betroffenen in den Mittelpunkt. Als Wochen später zum 190. Prozesstag am 5. März 2015 noch einmal ein psychiatrischer Gutachter über die Verletzungen und schwerwiegenden psychischen Folgen der Bombe für den am schwersten Verletzten berichtete, aus dessen Körper neun 10 Zentimeter lange Zimmermannsnägel entfernt werden mussten, nahm kaum jemand den in diesem Bericht enthaltenen Skandal zur Kenntnis: dass nämlich der 2004 schwer Verletzte und Traumatisierte 8 (in Worten: acht) Jahre lang um seine Anerkennung

als Opfer gemäß Opferentschädigungsgesetz (OEG) kämpfen musste. Acht Jahre: unfassbar.

Für zusätzliche Irritation sorgen die bizarren Erkenntnisse der neu eingesetzten Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse der »zweiten Welle« in Baden Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen, die bestimmte Ermittlungsaspekte, die im Prozess in München schon abgeschlossen waren, neu aufrollen und zu Erkenntnissen kommen, die zum Teil über die Ergebnisse des Münchener Verfahrens hinausgehen oder andere – für die Beurteilung des monströsen NSU-Komplexes – hochbrisante Dinge zutage fördern. Das Innen des in seinem Betonsarkophag hermetisch inszenierten Münchener Verfahrens scheint in keinem Zusammenhang mit dem Geschehen außerhalb zu stehen und das führt zu einer verstörenden Ungleichzeitigkeit, die angesichts weiterer Untersuchungsausschüsse wie etwa den Neuauflagen in Sachsen und Thüringen eher noch zunehmen dürfte.

Und schließlich die viel beschworene gesellschaftliche Auseinandersetzung über Rassismus, Alltagsrassismus, staatlichen und institutionellen Rassismus, über die verheerende Rolle der Inlandsgeheimdienste in einer offenen Gesellschaft und angemessene Konsequenzen aus der NSU-Katastrophe für diese Dienste? Fehlanzeige! Außer einer ganzen Reihe,

zum Teil ausgezeichneter künstlerischer und theatraler Versuche des Umgangs mit dem Horror NSU gibt es wenig wirklich greifbare und angemessene politische Reaktionen. Im Gegenteil: es drängt sich der Verdacht auf, dass den Inlandsgeheimdiensten nichts Besseres hat passieren können als der NSU: sie kommen nicht nur nahezu ungeschoren davon, sondern etliche Verantwortliche haben steile Karrieren gemacht und die Dienste werden mit zusätzlichen Millionenbudgets, Personalaufstockungen und neuen, sehr weit gehenden Kompetenzen ausgestattet.

Friedrich Burschel

Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung, für den nicht-kommerziellen Lokalsender Radio LOTTE Weimar sowie NSU-Watch ständiger Beobachter des NSU-Prozesses in München, Mitglied des Sprecherrates der BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

¹ Dieser Text wurde zuerst am 28.4.2015 von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Nachricht. Rassismus/Neonazismus) veröffentlicht.

*gida – Verstärker gesellschaftlicher Stimmung und politischer Stimmungsmache

Von Oktober 2014 bis April 2015 marschieren in Dresden fast wöchentlich Montags die so genannten »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«. Von anfänglichen wenigen Hundert war die TeilnehmerInnenzahl zwischenzeitlich in den fünfstelligen Bereich gewachsen und hat sich zuletzt bei etwa 5000 plus eingepegelt. Pegida hat vielerorts NachahmerInnen gefunden. So richtig Fuß fassen konnte bis dato jedoch nur Legida, der Leipziger Ableger, der einmalig am 21. Januar 7000 Menschen mobilisieren konnte und danach kontinuierlich auf nunmehr 300 schrumpfte. Auch im Erzgebirge und in Freital bei Dresden marschieren regelmäßig Pegida-Ableger.

»Asyl, Islam und Ausländer – da sind unsere Reizthemen«, so fasste Legida-Führer Silvio Rösler die Klammer um die *gida-Bewegung bei einem der letzten Aufmärsche in Leipzig treffend zusammen. Mögen Motive und Botschaften von TeilnehmerInnen der euphemistisch »Spaziergänge« genannten Aufmärsche diffus und bizarr erscheinen, der eigentliche gemeinsame Nenner ist das Anrufen einer homogenen und souveränen deutschen Nation, die gegen eine behauptete Islamisierung, eine »unkontrollierte Zuwanderung« und »Asylmissbrauch« zusammenstehen müsse.

Die Pegida speist sich nach ersten Umfragen¹ aus Menschen, die der sozialen Mitte zuzuordnen sind, sprich mitten im Leben stehend, erwerbstätig und zumeist männlich und zumeist der Wende-Generation zuzuordnen. Die soziale Zusammensetzung, die nicht abschließend repräsentativ untersucht ist, widerspricht der oft hingeworfenen These von den Deklassierten, die noch weiter nach unten treten.

*gida ist der Aufbruch derer, die sich hinter den Prozentangaben aus diversen Studien zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zum Teil hinter der Zustimmung für die Alternative für Deutschland verbergen. Die Initialzündung für den *gida-Erfolg auf der Straße – nominell die Verteidigung des »Abendlandes« gegen die »Islamisierung« – ist austauschbar. Kern der Mobilisierungen sind die Vorstellungen einer homogenen Nation, die autoritär geführt wird, und in der »Nicht-Zugehörige« oder »Nicht-Leistungsfähige« von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden. Pluralität, Gleichberechtigung und Solidarität gelten ihnen als Teufelszeug. Ihr Gegenentwurf ist das »Volk«. Der montägliche Ruf »Wir sind das Volk« ist dabei die Chiffre für einen Denkansatz der Exklusion. Denn sie selbst definieren wer das »Volk« ist und wer nicht dazu gehört.

Der Nährboden für die nun organisiert und verhärtet auftretenden Ideologien der Ungleichwertigkeit wurde dort gelegt, wo in Permanenz an das verwertbare Individuum appelliert, Solidarität im Alltag und ein solidarischer Sozialstaat durch eine real existierende Politik der Exklusion ad absurdum geführt wurden, wo wiederkehrend der Asylmissbrauch behauptet und der gewünschten Zuwanderung von Leistungsfähigen entgegengesetzt werden.

Geburtsort und Hotspot von Pegida und Schwestern ist Sachsen. Das ist kein Zufall. Die hier 25 Jahre regierende CDU kann nun die Früchte ihres Verständnisses von Demokratie und Gesellschaft ernten.

Treffend formulierte Thomas Platz von Sachsens Landeszentrale für politische Bildung im Januar 2015 gegenüber der Leipziger Volkszeitung: »In Sachsen wurde keine ausgeprägte Diskussionskultur entwickelt.« Der Streit um Argumente habe sich in den jüngsten 25 Jahren unzureichend entwickelt. Die Demokratie sei noch nicht verinnerlicht, die niedrige Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent habe es gezeigt. Auch den Umgang mit der Auseinandersetzung um die Bombardierung Dresdens 1945 macht Platz als ursächlich aus.

Hinzuzufügen ist der Nicht-Umgang mit dem Thema Zuwanderung und Asyl. Die sächsische Staatsregierung hat diese Themen nicht nur stiefmütterlich behandelt, sondern zu Nicht-Themen gemacht. Asylsuchende waren bis vor kurzem aus Integrationsbemühungen explizit ausgenommen, MigrantInnen wurden nur im Kontext mit herausragenden Verdiensten im Bereich der Forschung oder Wirtschaftstätigkeit sichtbar.

Es darf nicht übersehen werden, dass sich *gida in eine schon länger andauernde Welle rassistischer Mobilisierungen einbettet. Bereits seit 2012 wachsen Proteste gegen Asylsuchende oder Gebetshäuser von MuslimInnen und entsprechende Gewalttaten. Wirksame Gegenstrategien und Parteinahme für die Betroffenen blieben seitens der verantwortlichen, CDU-dominierten Landespolitik aus oder müssen sich auch weiterhin den Vorwurf der Nestbeschmutzung oder des Extremismus gefallen lassen.

Pegida wirkt im Alltag und auf die Politik. Just an einem Montag, an dem Pegida den 6. Marsch durchführte, platzierte Innenminister Markus Ulbig die Ankündigung einer Sondereinheit gegen »mehrfach straffällig gewordene Asylbewerber«² Zwischen Weihnachten und Neujahr, als Pegida landauf land-

ab diskutiert wurde, forderte derselbe Minister Tunesien zum sicheren Herkunftsstaat zu erklären, sprich eine Verschärfung des Asylrechts für eine bestimmte Gruppe Asylsuchender. Der Generalsekretär der CDU Michael Kretschmer folgte kurz darauf mit der Ankündigung das Asylrecht grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen.³ Schließlich trumpfte auch Landesvater Stanislaw Tillich im Januar im Interview mit der WELT auf: »Muslime sind in Deutschland willkommen und können ihre Religion ausüben. Das bedeutet aber nicht, dass der Islam zu Sachsen gehört.« Aktuell bringt die sächsische CDU-Fraktion ein »Pilotprojekt« zur schnelleren Abschiebung von abgelehnten Asylsuchenden ins Gespräch.

Im Schlepptau dieser Verschärfung des Diskurses wächst auch die tätliche Gewalt gegen Menschen. Neben einer Verdreifachung der Angriffe auf Asylunterkünfte in den vergangenen zwei Jahren, zählt die Opferberatung in Sachsen einen erheblichen Anstieg der Übergriffe auf MigrantInnen. Anfang März erzürnten sich CDU, AfD und zahlreiche BürgerInnen über ein Protestcamp von Refugees auf dem Dresdner Theaterplatz und forderten dessen Räumung. 150 Nazis und Pegi-

da-AnhängerInnen versuchten diese Forderung durch einen tätlichen Angriff zu vollziehen.

Auch wenn Pegida & Co bald Geschichte sein dürften, Wirkung haben sie längst gezeitigt. Ihre StichwortgeberInnen, die gleichsam politischen VollstreckerInnen sind, sitzen fest im Sattel.

Juliane Nagel

Stadträtin in Leipzig, Mitglied des Sächsischen Landtages

-
- 1 Neben der umstrittenen ersten Studie der TU Dresden gibt es die des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung sowie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung.
 - 2 Deren Zahl ist mit 162 einerseits marginal ist, zudem waren im Jahr 2013 mehr als der Hälfte der Mehrfachstraftaten sog. Bagatelldelikte, zum Beispiel Schwarzfahren.
 - 2 Das entsprechende Prüfergebnis liegt seit dem 8.3.2015 vor. In ihrem Positionspapier fordert die sächsische CDU unter anderem die Beschränkung der Rechtsmittel bei einem abgelehnten Asylantrag. Dazu muss mensch wissen, das sich im Jahr 2014 bundesweit etwa 10 % die Asylberechtigung vor Gericht erfolgreich erstritten haben!

Der lange Atem – Demos und Gegendemos in Berlin

Pegida, Hogesa, NPD. Was bundesweit seit Ende letzten Jahres für Schlagzeilen sorgt, hat sich in Berlin längst in den politischen Alltag mäandert. Hier streiten Neonazis und Rechtspopulisten Seit an Seit um mediale Aufmerksamkeit, um den Weg in die gesellschaftliche Mitte und die Meinungsführerschaft in Kiezen, Ortsteilen, ganzen Bezirken.

In Berlin, der Hauptstadt, leben viele Flüchtlinge. Das war schon immer so. Seit 2011 kommen immer neue Menschen, die hier um Asyl nachsuchen. Hier hat sich ein Zentrum der Selbstorganisation Geflüchteter gebildet, die ihren Interessen Stimme und Gesicht verleihen. Sie haben den Kreuzberger Oranienplatz anderthalb Jahre besetzt gehalten. Sie haben eine Kreuzberger Schule besetzt und wollen sie gegen den anhaltenden Widerstand von Bezirk und Senat zu einem internationalen Flüchtlingszentrum weiter entwickeln.

Es hat sich eine breite Solidaritätsbewegung mit geflüchteten Menschen entwickelt. Die linke Szene unterstützt die Flüchtlingsselforganisationen intensiv. Doch auch in bürgerlichen Kreisen gibt es viel Hilfe und Solidarität. Spendenaktionen, Kennenlernfeste und vieles mehr findet rund um die Flüchtlingsunterkünfte statt, um den neu eingezogenen Menschen zu signalisieren, ihr seid hier willkommen.

Diesem breiten zivilgesellschaftlichen Engagement steht die anhaltende und penetrante Unfähigkeit und Unwilligkeit des Berliner Senats entgegen, für vernünftige dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten für die Flüchtlinge zu sorgen, ausreichend Wohnraum bereit zu stellen, die Beschulung der Kinder zu organisieren und die Wege in den Erwerbsarbeitsmarkt so zu ebnet, dass die Menschen die Chance haben, für sich selbst zu sorgen. Stattdessen gibt es große Sammelunterkünfte, schießen Containerdörfer aus dem Boden und werden Sportplätze und Turnhallen beschlagnahmt.

Die Berliner NPD hat spätestens seit 2013, seit der Auseinandersetzung um die Hellersdorfer Unterkunft in der Carola-Neher-Straße, die Flüchtlinge zum Hauptziel ihrer menschenverachtenden Propaganda ausgemacht. Und sie nutzen sie gleichzeitig als Hebel, um politische Wirksamkeit in die gesellschaftliche Mitte hinein zu organisieren. Mit »Nein zum Heim«-Initiativen versucht sie unter dem Deckmantel empörter Wut-BürgerInnen Menschen vor allem dort zu organisieren, wo Unterkünfte eingerichtet werden.

Das gelingt ihr mit unterschiedlichem Erfolg. In einigen Bezirken ist den Neonazis und ihren Verbündeten die Luft ausgegangen. Der zivilgesellschaftliche Protest gegen sie und die gleichzeitige Unterstützung für die Geflüchteten in ihren Unterkünften hat sie zurück gedrängt. An anderen Stellen, wie in Marzahn-Hellersdorf, rufen NPD und ihre Vasallen nach wie vor Montag für Montag zu rechtsextremen Protestaktionen auf und setzen darauf, dass der demokratischen Zivilgesellschaft ihrerseits die Luft ausgeht.

Ähnlich verhält es sich mit dem Berliner Pegida-Ableger Bär-gida, der Montag für Montag am Berliner Hauptbahnhof steht und mit jeder Menge Deutschland- und anderen Fahnen versuchen, Aufmerksamkeit für ihre Furcht vor der vermeintlichen »Islamisierung des Abendlandes« zu erheischen. Anfang des Jahres stellten sich ihnen noch über 5.000 Berlinerinnen und Berliner entgegen. Dann wurden es weniger und weniger DemonstrantInnen. Ihnen gilt unser großer Dank. Denn nicht alle können sich den Montagabend als festen Demo-Termin in den Kalender schreiben. Die Marginalisierung und Verdrängung rassistischer und rechtspopulistischer Haltungen aus der Öffentlichkeit und der gesellschaftlichen Mitte kann mithin nicht nur (aber auch) durch die direkte Konfrontation auf der Straße geschehen. Genauso wichtig ist die Herstellung von Öffentlichkeit für die vielfältigen Aktionen der demokratischen Zivilgesellschaft zur Unterstützung von Flüchtlingen, von Migrantinnen und Migranten. Wichtig ist die breite Information und Entlarvung der Propaganda der »Nein-zum-Heim«-Initiativen, Bär-gida, NPD etc. als das was sie ist, rassistisch und menschenverachtend.

Für den ersten Mai hatte die NPD mal wieder zu Kundgebungen aufgerufen. Ihre Masche ist immer die gleiche: Sie kündigt eine große Tour durch Berliner Bezirke an, meist in die Nähe von Flüchtlingsunterkünften. Und es gibt eine breiten Gegenmobilisierung, die sich schließlich 15–20 Nazis gegenüber sieht, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit vor sich hin philibustern. Die antifaschistische und antirassistische Bewegung steht jedes mal erneut vor der Frage: müssen wir ihnen auch dieses Mal den öffentlichen Raum so weit wie möglich einschränken oder lässt man sie gewähren? Die Polizei ist in der Regel wenig hilfreich, so bleibt nur die immer wieder neue Mobilisierung.

Für den 9. Mai hatte eine illustre Konglomeration von Rechtspopulisten um Jürgen Elsässer, Pro Deutschland, NPD, Nazi-

Hools und ReichsbürgerInnen dann gar zum »Sturm auf den Reichstag« aufgerufen. 50.000 sollten kommen, 300 zum Teil finstre Gestalten waren zu sehen.

Sie wetteiferten mit der um die Ecke stehenden Montagsmahnwache mit rassistischer und anti-amerikanischer und zum Teil pro-russischer Propaganda um die Aufmerksamkeit der breiten antifaschistischen Demo gegenüber.

Diese Szenerie vom 9. Mai zeigt uns aber auch eine der zentralen Herausforderungen, vor der wir stehen: Querfront-Strategien wie die des Rechtspopulisten und einstmals Linken Jürgen Elsässer oder Teilen der Montagsmahnwachenbewegung versuchen, die Trennschärfe zwischen Antifaschismus und Rassismus aufzulösen in einem vermeintlich gemeinsamen

Kampf um Frieden, gegen EU und USA und oftmals in einem seltsamen Bündnis mit russischem Nationalismus. Es kann nicht gelten »der Feind meines Feindes ist mein Freund«. Im Gegenteil: das ist die Haltung, die Querfront-Strategien ermöglichen und letztlich antirassistisches und antifaschistisches Engagement marginalisieren. Die politischen Parameter werden und müssen neu sortiert werden. Das gemeinsam zu organisieren und politisch mehrheitsfähig zu machen, ist eine hoch aktuelle Aufgabe der gesellschaftlichen Linken genauso wie der Partei DIE LINKE.

Katina Schubert

Mitglied des Parteivorstands und Landesgeschäftsführerin der LINKEN Berlin

GESCHICHTLICHES

»Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung« –

Gedanken zum 70 Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Am 8. Mai 1985 geschah im Deutschen Bundestag etwas, das ebenso überraschend wie überfällig war. Der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker sprach in seiner Rede anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung Wahrheiten aus, die bis dahin von den meisten Politikern und den meinungsbildenden Medien als Tabu betrachtet worden waren. Wir zitieren: »Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. (...) Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.« Und weiter: »Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben. (...) Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken.« Bei der Würdigung der deutschen Widerstandskämpfer gegen den Faschismus gedachte er ausdrücklich der Opfer »des Widerstandes der Kommunisten.« Und bei der Betrachtung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939 stellte er immerhin klar: »Die Initiative zum Krieg ging von Deutschland aus, nicht von der Sowjetunion. Es war Hitler, der zur Gewalt griff.«¹ Warum lohnt es heute, sich an die damalige Rede Weizäckers zu erinnern?

Erstens deshalb, weil die zitierten Aussagen einen Bruch mit den bis dahin von offizieller Seite am 8. Mai formulierten Aussagen darstellen. Noch zum 30. Jahrestag der Befreiung äußerte der damals amtierende Bundespräsident Walter Scheel in seiner Ansprache am 6. Mai 1975: »Am 8. Mai fiel nicht nur die Hitler-Diktatur, es fiel auch das Deutsche Reich. (...) Es war für Generationen von Deutschen das Vaterland, das sie liebten, wie jeder Mensch auf der Welt sein Vaterland liebt. Sollten wir es weniger lieben, weil ein Diktator sich seiner bemächtigt hatte, oder weil es jetzt zerstört am Boden lag? Und so gedenken wir des Kriegsendes mit Schmerz.« Und am Ende seiner Rede formulierte er die Nutzenanwendung der Lehren des 8. Mai 1945 sowie der zwölf Jahre faschistischer Herrschaft für die Gegenwart: »Wir haben gelernt. Nicht nur die Politiker, sondern unser Volk hat gelernt. Es hat begriffen, dass Extremismus in jeder Form für unser Land verderblich ist.«²

Zweitens hat es den Anschein, dass die zitierten Passagen der Weizsäcker-Rede im Lichte aktueller politischer Entwicklungen und medialer Kampagnen mehr denn je ins Gedächtnis gerufen werden sollten. Es seien hier nur die versäumte Einladung des russischen Staatsoberhauptes zu den Gedenkveranstaltungen anlässlich des 70. Jahrestages der von der Roten Armee befreiten Vernichtungslagers Auschwitz, an

das anhaltende Verschweigen bzw. die Herabwürdigung des kommunistischen Widerstandes oder an die 2014 in den bürgerlichen Medien mit großem Aufwand verbreitete Lüge vom durch Hitler und Stalin gemeinsam im Sommer 1939 ausgelösten Weltkrieg³ genannt. Geschichtsrevisionismus hat offenbar wieder Konjunktur.

Zur weitgehenden Ignoranz des kommunistischen Widerstandes schrieb einst Arnold Paucker, der langjährige Präsident des Leo-Baeck-Instituts in London und Nestor der Geschichtsschreibung zum jüdischen Widerstand, hellsichtig: »Denn wie auch immer man es drehen oder wenden mochte (nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – R.Z.), um die Tatsache, dass im gesamten europäischen Widerstand den Kommunisten entweder die führende oder eine recht erhebliche Rolle zugewiesen werden musste, wollte man objektive Forschung betreiben, kam man nicht herum. Da nutzte es auch kaum etwas, dass die Dinge vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, doch teilweise etwas anders gelegen hatten; mit dem kommunistischen Einfluss im Widerstand konnte man sich eben nicht befeunden. Wir begegnen hier einer ganzen Kette von Tabus und der Selbstzensur der Historiker.«⁴ Wer wollte die Aktualität dieser Aussage Pauckers leugnen?

Deutschland als »Opfer« – vor und nach dem 8. Mai

In den vergangenen Jahren wurde in zahlreichen Veröffentlichungen zu begründen versucht, dass auch das deutsche Volk »Opfer« des faschistischen Regimes gewesen sei.⁵ Kriegsverbrechen seien nicht nur von der SS und der Wehrmacht, sondern auch von den Alliierten an Deutschen verübt worden. Absichtsvoll war z. B. von den »Einsatzgruppen« der alliierten Bomberflotten die Rede⁶, womit die Assoziation mit den »Einsatzgruppen« des Sicherheitsdienstes der SS (SD) ausgelöst werden sollte, die hinter der Front im Krieg gegen die Sowjetunion Hunderttausende Juden, Partisanen, Funktionäre der KPdSU, des Komsomol und der Staatsorgane ermordeten.

Bei alledem sollte man sich in Erinnerung rufen: Die »Argumente«, mit deren Hilfe Deutschland zum Opfer der alliierten Sieger des Zweiten Weltkrieges dargestellt wird, wurden bereits im Mai 1945 in die Welt gesetzt und seitdem von vielen Politikern, Journalisten und Historikern wiederholt bzw. in »modernisierter« Form unter die Leute gebracht. Zwei Äußerungen, deren Zynismus kaum zu überbieten ist, sollen dies

verdeutlichen. Generaloberst Alfred Jodl, Chef des Wehrmachtsführungsstabes, erklärte bei der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde in Reims am 7. Mai 1945: »In diesem Krieg, der über fünf Jahre gedauert hat, haben das deutsche Volk und die deutschen Streitkräfte mehr geleistet und mehr gelitten als jedes andere Volk auf der Welt. In dieser Stunde kann ich nur die Hoffnung ausdrücken, dass die Sieger sie großmütig behandeln.«⁷ Und Michael Kardinal Faulhaber, Erzbischof von München, verbreitete eine Anschauung, die leider nichts an Aktualität verloren hat: »Die Bilder aus Dachau, die alliierte Journalisten wochenlang gemacht haben, um der ganzen Welt bis zum letzten Negerdorf die Schmach und Schande des deutschen Volkes vor Augen zu stellen, sind einseitig. Wenn all die furchtbaren Leiden, die durch Fliegerangriffe über unsere Städte kamen, wenn die Leichen der verschütteten und verbrannten Menschen in Lichtbildern aufgenommen werden könnten, wäre ein solches Gesamtbild nicht weniger schrecklich als die Bilder, die jetzt von den Konzentrationslagern aufgenommen werden.«⁸ Hierzu erübrigt sich jeder Kommentar.

1945 und die Kontinuitäten deutscher Geschichte

Zugleich artikuliert sich jedoch bei manchen Intellektuellen unmittelbar nach der totalen Niederlage des deutschen Faschismus das Bewusstsein vom Scheitern nicht allein des »Dritten Reiches«. Vielmehr wurde die Frage nach Kontinuitäten der deutschen Geschichte aufgeworfen, die spätestens seit der Bismarckschen Reichsgründung »von oben« zu beobachten waren und die Machtübernahme der Hitlerfaschisten am 30. Januar 1933 begünstigt hätten. Der konservative Historiker Friedrich Meinecke, der Doyen seiner »Zunft«, formulierte hierzu in seiner 1946 veröffentlichten Schrift »Die deutsche Katastrophe« folgende Gedanken: »Die Haktisten⁹ in Posen und Westpreußen, die Scharfmacher der Großindustrie, die junkerlichen Bürokraten in den Ministerien und Provinzialregierungen: das waren die konkreten Träger dieses innenpolitischen Machtsystems, dessen Komplement nach außen nun jene alldeutsche Bewegung wurde. Man mag nun die Unterschiede des damaligen unsozialen Herrengeistes von dem späteren Nationalsozialismus Hitlers noch so stark betonen – im großen Zusammenhang gesehen, war er doch eine Vorstufe zu ihm.«¹⁰

In der Berliner Tageszeitung »Der Tagesspiegel« formulierte am 23. Oktober 1945 der Schweizer Theologe Karl Barth, von 1921 bis 1934 Professor für Theologie an den Universitäten Göttingen, Münster und Bonn, organisierter Sozialdemokrat und einer der theologischen »Vordenker« der Bekennenden Kirche im »Dritten Reich«, ganz ähnliche Gedanken, mit dem Blick auf den »Zeitgeist« nach der Befreiung in Deutschland: »Die wirkliche Diskussion hat noch gar nicht angefangen, solange man mit den Deutschen nur über Hitler spricht. Der neuralgische Punkt wird erst erreicht, wenn man in der Dis-

kussion zu Bismarck vordringt. Wenn nämlich der nationalsozialistische Gips weggefallen und zerstäubt ist, kommt bei den meisten Deutschen, selbst bei Leuten, die aktiven Widerstand geleistet haben, das deutsch-nationale Mauerwerk zum Vorschein.«

Und weiter: »Der Nationalsozialismus wird von ihnen als bedauernswerter Zwischenfall gewertet: alles Vorherige aber ist tabu. Sie verstehen nicht, dass der Nationalsozialismus nicht anderes war als die letzte Konsequenz der Bismarckschen Politik, welche Deutschland gewaltsam mit Blut und Eisen zu einem nationalistischen, kapitalistischen und imperialistischen Reich einigte und zum Totengräber der lebendigen Freiheit von 1848 wurde. (...) Man muss die Deutschen dazu bringen, die Schuld in der deutschen Konzeption zu erkennen, welche erst Majdanek und Hitler möglich gemacht hat.«¹¹

Die so genannte Misere-Konzeption, die vielen Historikern und Intellektuellen in der Nachkriegszeit – quer durch die politisch-weltanschaulichen Lager – als Kompass für die Interpretation der neueren deutschen Geschichte von Bismarck (oder gar von Luther) ausgehend bis Hitler galt, wurde später wissenschaftlich verworfen. Ein Körnchen Wahrheit scheint sie dennoch zu beinhalten.¹²

Westalliierte und die Nazi-»Spezialisten«

Doch allmählich verschwanden derartige Anschauungen, kaum, dass sie von Friedrich Meinecke, Karl Barth und anderen ausgesprochen worden waren, aus der öffentlichen Diskussion. Sie waren angesichts des beginnenden Kalten Krieges nicht länger zeitgemäß.

Während in Deutschland die herrschenden Eliten, die zwölf Jahre zuvor das faschistische Regime an die Macht geschoben, es in jeder Weise unterstützt und seine Verbrechen mit organisiert hatten, ihre Hände in Unschuld wuschen, geschah auf Seiten der Westalliierten Unerhörtes. Die britische Armee begann, deutsche Gefangene in der Lüneburger Heide und in Schleswig-Holstein in geschlossenen militärischen Formationen zu internieren, um sie für einen eventuellen Kampf gegen einen neuen Feind einzusetzen: die Rote Armee. Winston Churchill teilte am 23. November 1944 in einer Rede in seinem Wahlkreis Woodford der erstaunten Zuhörerschaft mit: »Noch vor Kriegsende telegraphierte ich an Feldmarschall Montgomery und wies ihn an, dafür zu sorgen, dass die deutschen Waffen gesammelt würden, damit man sie ohne weiteres an die deutschen Soldaten ausgeben könnte, mit denen wir würden zusammenarbeiten müssen, wenn die Sowjets ihren Vormarsch fortsetzten.«¹³ Montgomery musste konzedieren, damals entsprechende Telegramme des Premierministers erhalten und sie befehlsgemäß ausgeführt zu haben. Zeitgleich begannen Militär und Geheimdienst der USA damit, zahlreiche »Spezialisten« des Naziregimes zu rekrutieren, die vor allem dann willkommen waren, wenn sie über einschlägige Erfahrungen im Kampf »gegen den Kommunis-

mus« verfügten. Es ging dabei nicht nur um ehemalige Naturwissenschaftler und Techniker wie Wernher von Braun, um Generäle und Generalstabsoffiziere der Wehrmacht, deren Erfahrungen bei der Planung und Realisierung des Angriffskrieges gegen die UdSSR für eigene Zwecke nutzbar gemacht werden sollten. Nein, es ging auch um Verbrecher, die bei der Gestapo, im Sicherheitsdienst der SS (SD) sowie in der »Abwehr« der Wehrmacht gedient hatten. Heute wissen wir, dass bis in die 60er Jahre hinein tausende Personen aus diesem Milieu für die USA als Informanten, »Berater« und Agenten tätig waren, darunter auch SS-Hauptsturmführer Klaus Barbie, der berühmte Judenmörder, erbitterte Feind der französischen Widerstandsbewegung und Felterspezialist. Sein blutiges Handwerk hatte er vor allem von Lyon aus betrieben. Die Abteilung »Fremde Heere Ost« des deutschen Generalstabs unter Generalmajor Reinhard Gehlen, die über wertvolle Informationen zur Lage in der Sowjetunion sowie über ein dichtes Netz von Agenten verfügte, das auch nach dem 8. Mai 1945 noch nicht vollständig von der Spionageabwehr der Roten Armee zerschlagen worden war, wurde komplett in die Dienste der USA übernommen. Später bildeten diese »Spezialisten« die Keimzelle des Bundesnachrichtendienstes. Am Rande sei erwähnt, dass zahlreiche Nazi-Verbrecher auch mit Hilfe des US-Außenministeriums, des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und des Vatikan über den »Rattenpfad« nach Lateinamerika ausgeschleust wurden, wo sie als »Berater« autoritärer Regimes, etwa in Argentinien, im Kampf gegen revolutionäre Bewegungen hoch willkommen waren.¹⁴

Ob von solchen skandalösen Ereignissen am 70. Jahrestag des 8. Mai 1945 die Rede sein wird? Die Hauptaktivitäten zum 70. Jahrestag der Befreiung sind nun vorbei, jeder konnte sich davon überzeugen, wie unterschiedlich und widersprüchlich ehemalige Kriegsgegner und Alliierte des Zweiten Weltkrieges gegenwärtig mit diesem historischen Erbe umgehen. Mir scheint, die Rede Richard von Weizsäckers vom 8. Mai 1985 ist aktueller denn je.

Dr. Reiner Zilkenat

Historiker, Mitglied des Sprecherrates
der BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

- 1 Siehe Richard von Weizsäcker: Brücken zur Verständigung. Reden, Berlin 1990, S. 32 f. u. 38.
- 2 Der Tagesspiegel, 7.5.1975: Scheel warnt die Jugend vor Demagogen.
- 3 Die wissenschaftliche Widerlegung dieser aus durchsichtigen aktuell-politischen Gründen wiederbelebten These sowie zu der seit den 1990er Jahren immer wieder verbreiteten Anschauung vom deutschen Angriff auf die Sowjetunion als einem »Präventivkrieg« siehe die Darstellung von Rolf-Dieter Müller: Der Feind steht im Osten. Hitlers geheime Pläne für einen Krieg gegen die Sowjetunion im Jahre 1939, Berlin 2011. Bei dem Autor handelt es sich um den Leitenden Wissenschaftlichen Direktor des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr in Potsdam. Siehe auch Bianka Pietrow-Ennker, Hrsg.: Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt a.M. 2000.
- 4 Arnold Paucker: Deutsche Juden im Kampf um Recht und Freiheit. Studien zu Abwehr, Selbstbehauptung und Widerstand der deutschen Juden seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, Teetz 2003, S. 206 f.
- 5 Siehe u. a. Zum aktuellen Umgang mit der Nazizeit. Beiträge einer multidisziplinären Geschichtswerkstatt, hrsg. von der »Hellen Panke«, Berlin 2003 (Panckower Vorträge, Heft 57); Hannes Heer: Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei, Berlin 2005; derselbe: »Hitler war's«. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit, Berlin 2005.
- 6 Siehe Jörg Friedrich: Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945, München 2002 u. ö.; Lothar Kettenacker, Hrsg.: Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940–1945, Berlin 2003; Malte Thiessen: Gedenken an »Operation Gomorrha«. Zur Erinnerungskultur des Bombenkrieges von 1945 bis heute, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 53. Jg., 2005, H. 1, S. 46 ff..
- 7 Zitiert nach Osmar White: Die Straße des Siegers. Eine Reportage aus Deutschland, München u. Zürich 2005, S. 161. Der Autor, ein Journalist, war Zeuge der Kapitulation in Reims.
- 8 AktenKardinal Michael von Faulhabers 1917–1945. Bd. II: 1935–1945. Bearbeitet von Ludwig Volk, Mainz 1976, Nr. 959 (Pastorale Anweisungen vom 18.6.1945), S. 1072.
- 9 Der Autor meint hier den 1894 gegründeten, aggressiv nationalistischen »Deutschen Ostmarkenverein«, der die »Germanisierung« der von vielen Polen bewohnten östlichen Provinzen Preußens, besonders Westpreußen und Posen betreffend, propagierte. Die Bezeichnung »Hakatisten« für die Mitglieder des Vereins war aus den ersten beiden Buchstaben der Nachnamen der Vereinsgründer gebildet worden: von Hansemann, von Kennemann und von Tiedemann.
- 10 Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, 2. Auflage, Wiesbaden 1946, S. 39.
- 11 Von Bismarck zu Hitler – Karl Barth zur deutschen Schuld, in: Der Tagesspiegel, Nr. 12, 23.10.1945, S. 2.
- 12 Siehe hierzu mit entsprechenden Literaturhinweisen: Reiner Zilkenat: Der Platz des Jahres 1933 in der Geschichte: Kontinuitäten und Diskontinuitäten, in: Geschichtskorrespondenz, 20. Jg., Nr. 1, Januar 2014, S. 3 ff. (http://www.die-linke.de/fileadmin/download/geschichtskorrespondenz/2014/geschichtskorrespondenz_januar_2014.pdf) u. derselbe: Die »Fischer-Kontroverse«. Geschichtsschreibung wider den »Zeitgeist« in der BRD in den sechziger Jahren, in: Marxistische Blätter, Heft 1/2015, S. 107 ff.
- 13 Zitiert nach: Arthur Smith: Churchills deutsche Armee. Die Anfänge des Kalten Krieges (1943–1947), Bergisch Gladbach 1978, S. 11 f.
- 14 Siehe Uki Goni: Odessa. Die wahre Geschichte – Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher, 2. Aufl., Berlin 2007 (Rez. In dieser Zeitschrift: Heft 1–2/2008, S. 85 ff.). Siehe auch Gerald Steinacher: Nazis auf der Flucht. Wie Kriegsverbrecher über Italien nach Übersee entkamen., Innsbruck 2008; Peter Hammerschmidt: Deckname Adler. Klaus Barbie und die westlichen Geheimdienste, Frankfurt a.M. 2014.

Der Völkermord an den Armeniern vor 100 Jahren und die Debatte um den Begriff

Schon Tage vor der Rede von Bundespräsident Joachim Gauck im Berliner Dom beim Gedenkgottesdienst zu den Massakern an den Armeniern vor 100 Jahren spekulierten die Medien, ob er das »V-Wort« bei seiner Rede in den Mund nehmen würde. Er tat es, klar und deutlich. Und nicht nur Gauck, auch in der Debatte im Bundestag am darauffolgenden Tag, dem 24. April, dem offiziellen Gedenktag, gab es fraktionsübergreifend klare Worte der Verurteilung des Völkermords an den Armeniern, wenngleich der offizielle Beschluss im Parlament vorsichtiger formuliert ist, und sich die Bundeskanzlerin sowie ihr Außenminister aus diplomatischen Gründen zurückhielten. Nach Jahren des Zauderns und der sprachlichen Zurückhaltung waren endlich wichtige Schritte in der offiziellen Rhetorik zu erkennen.

Doch warum ist die Debatte um den Begriff so entscheidend? Warum ist es nicht genug, anzuerkennen, dass es damals Massaker gab? Warum wird so um ein Wort gerungen, wo es doch um weit mehr geht dabei?

Bis zu 1,5 Millionen Armenier kamen in den Jahren 1915/16 bei Massakern und Todesmärschen um. Doch nicht nur sie zählten zu den Opfern. Auch bis zu 250.000 Assyrer (Aramäer) und etwa 350.000 Pontosgriechen wurden auf diese Weise bestialisch umgebracht.

Der »Aghet«, wie der Völkermord unter Armeniern genannt wird, oder »Sayfo« bei den Aramäern, ist tief in ihre Geschichte und in ihr kollektives Bewusstsein eingegraben. Schon Ende des 19. Jahrhunderts kam es im Osmanischen Reich mehrfach zu Massakern Pogromen an Armeniern und anderen christlichen Minderheiten. Das Verhältnis zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen war gespannt, es kam zu bewaffneten Auseinandersetzungen untereinander oder mit der osmanischen Armee. Ab 1908 kontrollierte das Komitee für Einheit und Fortschritt die Regierung. 1913 übernahm das Triumvirat des jungtürkischen Komitees Enver Pascha, Talat Pascha und Cemal Pascha, in einem Militärputsch die Macht. Eines ihrer Ziele war es, Anatolien weitgehend zu homogenisieren. Die verheerende Niederlage 1914 gegen Russland war einer der Auslöser für den Völkermord, da die Schuld an der Niederlage den Armeniern in die Schuhe geschoben wurde. Es begann damit, dass Armenier im türkischen Militärdienst entwapfenet wurden, teilweise in Arbeitsbatalionen untergebracht, oder andere erschossen wur-

den. In den Provinzen nahmen Übergriffe auf Armenier zu. Am 24. April 1915 wurden mehrere hundert armenische Persönlichkeiten in Istanbul verhaftet. Diese Verhaftungswelle markierte den Beginn der folgenden Vertreibungen und Vernichtung. Am 27. Mai 1915 verabschiedete das türkische Parlament das »Gesetz zur Bevölkerungsumsiedlung«. Ein Aufstand der Armenier in Van und der Vorwurf der Illoyalität wurde von der Regierung als Rechtfertigung für diese Maßnahmen benutzt. In diesem Deportationsgesetz wurde festgelegt, dass Armenier zwangsumzusiedeln seien, dass ihre Grundstücke konfisziert und ihre bewegliche Habe vereinnahmt werden sollte.

Ab Juni wurden die Armeniern aus den kleineren Orten in größeren Sammelpätzen zusammen getrieben, einige wurden gleich an Ort und Stelle ermordet. Auf ihrem Weg in die syrische Wüste, ohne Verpflegung und Unterkunft, wurden die Deportationszüge mehrfach überfallen und geplündert, auch von Kurden. Manchen wurde sogar das letzte Hemd vom Leib gerissen, so dass sie nackt weiter laufen mussten. Wer vor Hunger oder Erschöpfung nicht mehr konnte, wurde mit Schlägen so lange weiter getrieben, bis er zusammenbrach. Augenzeugen berichteten von am Wegrand und in Flüssen liegenden Leichen. Frauen warfen ihre Kinder in den Fluss, um ihnen weiteres Leid zu ersparen. Diejenigen, die trotz all der Strapazen die Stadt Deir-ez-Zor in der syrischen Wüste erreichten wurden anschließend zu tausenden massakriert.

Auf Druck der Großmächte hatte die Türkei 1919 in den sogenannten »Unionistenprozessen« begonnen, jungtürkische Funktionäre, die unmittelbar beteiligt gewesen waren, strafrechtlich zu verfolgen. Den Begriff Völkermord gab es damals nicht, doch wurde im Verfahren die Verbrechen an den Armeniern als »Ausrotten« eines ganzen Volkes, als ethnische Säuberungen beschrieben. Der Innenminister Talat Pascha, Kriegsminister Enver Pascha und Marineminister Cemal Pascha waren zu dem Zeitpunkt bereits geflüchtet. Sie wurden in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Talat Pascha wurde 1921 in Berlin von einem armenischen Studenten erschossen. In der Folge des türkischen Unabhängigkeitskriegs von 1919 bis 1923 schwand allerdings das Interesse an einer weiteren Strafverfolgung rasch. 1923 erließ die türkische Regierung eine allgemeine Amnestie für alle Angeklagten und Mustafa Kemal Atatürk, der Begründer der heutigen Türkei, verurteilte zunächst die Verbrechen an den Armeniern als Schandtaten,

aber bemühte sich später nach Kräften den Gründungsmythos der Türkei nicht durch eine Auseinandersetzung mit der Armenierfrage zu gefährden. Viele der Täter von einst fanden in der neuen Republik einen neuen Platz.

Das Deutsche Reich trug eine erhebliche Mitverantwortung. Durch Berichte von Gesandten, Missionaren und Botschaftern vor Ort war die Regierung des Deutschen Reiches über die Vorkommnisse bei seinem Verbündeten informiert. Der Botschafter Wangenheim schrieb im Juli 1915 an den damaligen Reichskanzler Bethmann-Hollweg: »Dieser Umstand und die Art, wie die Umsiedlung durchgeführt wird, zeigen, daß die Regierung tatsächlich den Zweck verfolgt, die armenische Rasse im türkischen Reiche zu vernichten.«¹ Viele weitere Augenzeugenberichte und Briefe aus jener Zeit dokumentieren die Gräueltaten, die die Armenier auf ihrem Weg in die Wüste erwarteten. Dennoch wurde aus Bündnistreue nur sehr wenig unternommen. Im Gegenteil, deutsche Soldaten waren im Osmanischen Reich stationiert und deutsche Offiziere waren teilweise direkt an Massakern und Vertreibungen beteiligt. Deutsche Banken haben von den Enteignungen profitiert. Und das Deutsche Reich gewährte den Tätern sogar Asyl. Deutschland muss sich daher auch diesem Teil seiner Vergangenheit stellen.

Die Anerkennung der Massaker und Todesmärsche von 1915/1916 als Völkermord ist heute zentral für die Nachfahren der Opfer, für heute lebende Armenier und für die Aufarbeitung. Die Täter von einst sind längst verstorben und es kann heute niemand mehr persönlich vor einem Gericht zur Rechenschaft gezogen werden. Doch die historische Einordnung der Ereignisse ist unerlässlich. Genozid ist ein schwerwiegender Vorwurf, der nicht als politisches Instrument missbraucht werden darf. Damit argumentiert auch die Türkei seit Jahren und vertritt die Auffassung, dass nur eine Expertenkommission aus Historikern und Juristen letztlich darüber befinden könne, ob es wirklich einen Völkermord gegeben habe. Diese Historikerkommission gibt es in der Türkei bis heute nicht. Zugleich muss man sich fragen, wie unabhängig eine von einer Regierung eingesetzte Kommission sein kann, und ob sie überhaupt noch notwendig ist. Der Forschungsstand zum Völkermord an den Armeniern hat sich in den letzten Jahren deutlich erweitert und auch bisher schwer zugängliches Archivmaterial konnte von Historikern begutachtet und ausgewertet werden. Auch mehr und mehr türkische Historiker forschen zu diesem Thema und verwenden den Begriff Völkermord.² Internationale Organisationen haben den Völkermord an den Armeniern offiziell anerkannt, darunter die UNO und das europäische Parlament, ebenso wie die Regierungen zahlreicher Staaten.

Die USA, Deutschland und Israel sind allerdings nicht darunter. In Frankreich steht die Leugnung des Völkermords an den Armeniern sogar unter Strafe.

Ausgangspunkt für die Definition für Völkermord ist die UN-Völkermordkonvention von 1948, die 1950 auch von der Türkei unterzeichnet worden ist. Darin heißt es:

»In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- (a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;*
- (b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;*
- (c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;*
- (d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;*
- (e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.«³*

In der Argumentation von türkischer Seite wird vor allem die Frage nach der »Absicht« gegen die Verwendung des Begriffs Völkermord eingebracht, denn diese Absicht sei nicht bewiesen. In der Tat wurde in den osmanischen Archiven bis heute kein schriftlicher Befehl für die Auslöschung der Armenier als Volk gefunden. Fraglich ist, ob überhaupt so ein Befehl existiert. Doch existieren darüber hinaus zahlreiche Dokumente, die den Vorsatz deutlich belegen. Schon allein die Tatsache, dass tausende Menschen, einschließlich Alter, Frauen und Kindern, ohne Verpflegung auf wochenlange Märsche geschickt wurden, spricht dafür. Die durch Zeugenaussagen belegten Massaker am Ende der Todesmärsche ebenso. Aus zahlreichen Dokumenten geht hervor, dass bekannt war, wie verheerend eine solche »Umsiedlung« sich unter den Armeniern auswirken würde. Viele Materialien, die sich heute in osmanischen Archiven finden, wurden 1919 in den Prozessen gegen die Täter zusammen getragen, die eindeutig belegen, dass die Vernichtung der Armenier systematisch geplant war.

Den Mord von mehr als einer Million Armeniern, von Zivilisten, von Frauen und Kindern, »nur« als Folge von kriegerischen Konflikten zu betrachten, ist angesichts der vorliegenden Fakten eine Verhöhnung der Opfer und eine gefährliche Bagatellisierung der Gräueltaten. Damit wird Aufarbeitung verhindert, und Verantwortung fortgeschoben. Deshalb ist die Auseinandersetzung um den Völkermordbegriff so wichtig, eben, weil es um mehr geht, als nur um einen Begriff. Weil es darum geht, Opfer und Täter kenntlich zu machen, weil es darum geht, sichtbar zu machen und zu erinnern, zu welchen Gräueltaten Menschen gegenüber anderen Menschen fähig sind, und weil es darum geht, die Verbrechen an der Menschlichkeit von damals auch als stetige Mahnung für heute in Erinnerung zu halten.

Was die Türkei betrifft, ist seit einigen Jahren eine Veränderung in der öffentlichen Debatte zu bemerken, besonders seit der Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink 2007. Die Debatte um den Völkermordbegriff ist kein

Tabuthema mehr. Die Massaker an den Armeniern werden immerhin inzwischen offiziell anerkannt. Erdogan nahm am 24. April persönlich an einer Gedenkveranstaltung für die Opfer teil, bereits zum zweiten Mal. Antirassistische Initiativen gedenken auf öffentlichen Veranstaltungen des Völkermords. Die kurdische Partei BDP hatte öffentlich die Mitschuld der Kurden an den Massakern bekannt und die Anerkennung der Völkermords von der Regierung gefordert. Die Debatte läuft, auch wenn es lange dauern wird, den türkischen Gründungsmythos und den über Jahrzehnte indoktrinierten Nationalismus in der türkischen Gesellschaft zu überwinden.

Eine öffentliche Anerkennung des Völkermords durch hochrangige deutsche Politiker ist daher längst überfällig. Jetzt ist es notwendig, sich auch ernsthaft mit der eigenen Vergangenheit und der Rolle des eigenen Landes bei diesem barbarischen Verbrechen auseinander zu setzen. Und blickt man auf die aktuelle Lage im Irak und Syrien und die verwickelte Rolle türkischer Geheimdienste bei der Unterstützung terro-

ristischer Strukturen, die heute Verbrechen an der Menschlichkeit begehen und gezielt ganze Volksgruppen aus Irak und Syrien vertreiben und massakrieren, so sollte klar sein, dass diplomatische Zurückhaltung gegenüber der Türkei in Bezug auf den Völkermord an den Armeniern völlig fehl am Platz ist.

Julia Wiedemann

Sprecherin der BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

-
- 1 Der Botschafter in Konstantinopel (Wangenheim) an den Reichskanzler (Bethmann Hollweg); Bericht vom 7. Juli 1915; Link: [http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/\\$\\$AllDocs/1915-07-07-DE-001](http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/$$AllDocs/1915-07-07-DE-001)
Quelle: DE/PA-AA/R14086
 - 2 Hier wäre allen voran der Historiker Taner Akçam zu nennen, der detailliert zu den Istanbuler Prozessen 1919/20 geforscht hat. Der Historiker Mehmet Polatel forscht zur Enteignung der Armenier und stellte fest, dass die türkische Volkswirtschaft unter anderem auf der Enteignung der Armenier aufbaute.
 - 3 Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, Artikel II,

AUSCHWITZ.

Die Geschichte des Vernichtungslagers

Rezension zu einem Buch von Susanne Willems, Frank und Fritz Schumann

Von AUSCHWITZ wurde mir von zwei ehemaligen Berlinern erzählt, die dieses Vernichtungslager überlebten.

Jürgen Löwenstein, heute Israel Löwenstein,¹ wohnte in Berlin zuletzt unweit des Alexanderplatzes, in der Grenadierstraße (heute Almstadtstraße). Vor einigen Jahren war er bereit, AUSCHWITZ noch einmal zu besuchen, gemeinsam mit Reinickendorfer Schülern. Seine jungen Begleiter begegneten ihm mit Respekt und zunehmendem Vertrauen.

Max Drimmer, der nach 1945 in den USA lebte, wohnte früher in der Prenzlauer Straße (Die Straße existiert heute nicht mehr; ein Teil der Karl-Liebknecht-Straße folgt in etwa ihrem früheren Verlauf.) Max Drimmer gelangte über das Konzentrationslager Sachsenhausen nach AUSCHWITZ.² Er lud mich gemeinsam mit Kindern und Enkeln sowie einigen deutschen Freunden zum Besuch von Buna-Monowitz ein. Dort war er gemeinsam mit anderen Juden als Zwangsarbeiter für den Chemiekonzern IG Farben tätig. Als Überlebender dieses Teillagers von AUSCHWITZ konnte er uns Reste ehemaliger Betriebsanlagen »vor Ort« zeigen. Gern hätte ich ihm dieses Buch hier in die Hand gegeben, Max Drimmer verstarb im Jahre 2012.

Dieses AUSCHWITZ-Buch vermittelt eine Fülle von Informationen. Alle, die schon einmal dort waren, erhalten in Wort und Bild neue Eindrücke zu Selbsterlebtem. Der Text wie die Fotos vermitteln in ihrer Summe verblüffende Sichten auf diesen weltbekannten historischen Ort.

Ersbesuchern von AUSCHWITZ wie Nutzern dieses Buches, die noch nicht dort gewesen sind – wird viel Geschichtliches vermittelt: Über die Entstehung dieses Vernichtungslagers und seinen Ausbau, über die Praktiken der sofortigen oder allmählichen Vernichtung von so vielen Menschen. Verschiedene Häftlingsgruppen werden besonders vorgestellt – Polen, Juden, »Zigeuner« (Sinti und Roma), Sowjetische Kriegsgefangene, »Poltische« oder als Kriminelle stigmatisierte Häftlinge. Schließlich werden Täter und Nutznießer der Häftlingsausbeutung und Menschenvernichtung benannt: Die SS-Leute

der Lageradministration und Konzerne wie Krupp, IG-Farben mit dem Verwaltungsgebäude in Frankfurt am Main oder die Ofenbaufirma Topf & Söhne aus Erfurt.

Besonders beeindruckt hat mich die Auswahl der Bilddokumente: Gezeigt werden Kopien historischer Akten und Lagepläne und persönliche Fotos der Opferfamilien, die oft als einzige Lebenszeichen zurückblieben. Aktuelle Bilder von Details aus dem Lager, die sich seit 70 Jahren kaum verändert haben, darunter Berge von Schuhen und Koffern der Ermordeten, die bewusst dem Besucher präsentiert werden. Schließlich aktuelle Aufnahmen aus der jetzigen Gedenkstätte mit ungewöhnlichen Blickachsen von heute auf das Vorgefundene.

Dieser Dokumentation ist eine weite Verbreitung zu wünschen. Text wie Fotos machen es dem Nutzer nicht einfach, sich auf das Thema AUSCHWITZ einzulassen. Ermutigt werden alle, die sich überwinden konnten, sich mit einem solch oft genannten Thema persönlich und sehr individuell zu beschäftigen.

Das Buch sollte sowohl von AUSCHWITZ-Besuchern, von vielen Menschen verschiedener Generationen und aus vielen Ländern, in die Hand genommen, immer wieder durchgeblättert werden. Es sollte als Anregung dienen, diesen historischen Ort selbst zu besuchen oder anderen darüber zu berichten. Wie bei so vielen anderen Büchern sei angeregt: dieses Buch selbst lesen und weiter empfehlen.

Horst Helas

Historiker, Mitglied des Sprecherrates
der BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

1 Siehe: Horst Helas: Die Grenadierstraße im Berliner Scheunenviertel. Ein Ghetto mit offenen Toren, Berlin 2010, S. 113–116.

2 Siehe: Horst Helas: Juden in Berlin. Biografien. Orte. Begegnungen, 2. Auflage, Berlin 2001, S. 199–205.

INFORMATIONEN

Anfragen der Bundestagsfraktion DIE LINKE zum Themenfeld extreme Rechte im Bundestag – ein Überblick

Regelmäßige Anfragen (Quartal/Monat Drucksache)

Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Straftaten
in der Bundesrepublik Deutschland (monatlich)

Antisemitische Straftaten (Quartal)

Angriffe auf und Proteste vor Flüchtlingsunterkünften (Quartal)

Naziaufmärsche (Quartal)

RechtsRock-Konzerte (Quartal)

Antimuslimische Straftaten (Quartal)

Anfragen zum Thema NSU (Auswahl)

Zeugenschutzprogramm des Bundeskriminalamtes
und Begleitung von Angeklagten zu Treffen mit Zeuginnen
und Zeugen im NSU-Komplex 18/682

Das Internetportal »Politikforen.net« als möglicher
Nachfolger für das abgeschaltete neonazistische Forum
Thiazi.net 18/1735

Der Tod des V-Manns »Corelli« 18/1405

Straf- und Gewalttaten unter Bezugnahme auf
den »Nationalsozialistischen Untergrund« seit
dem 4. November 2011 18/2166

Sprengstoffanschläge des »Nationalsozialistischen
Untergrunds« und der Tatmittelmeldedienst des
Bundeskriminalamtes 18/2193

Die lageorientierte Sonderorganisation des Bundesamtes
für Verfassungsschutz bei der Aufklärung von behörden-
internen Erkenntnissen über den NSU seit November 2011
18/2367

Sicherstellungen von Asservaten beim verstorbenen
V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz »Corelli«
18/2216

Zentrale V-Leute-Datei des Verfassungsschutzes
18/2300

Referat Rechtsterrorismus im Bundesamt für
Verfassungsschutz 18/2544

Südafrika-Reise von 17 deutschen Neonazis und eines
V-Mannes aus dem Umfeld des NSU im Oktober 1999
18/2758

Die Aktivitäten des V-Mannes »Tarif« des Bundesamtes
für Verfassungsschutz im NSU-Komplex und seine
V-Mann-Führer 18/2722

Personelle Konsequenzen im Bundesamt für
Verfassungsschutz nach der Selbstenttarnung des
mutmaßlichen NSU-Kerntrios 18/3367

Umsetzung der Empfehlung Nummer 1 des NSU-
Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages
18/3678

Die Akten des V-Mannes »Tarif« des Bundesamtes
für Verfassungsschutz 18/3984

Rekonstruktion vernichteter V-Mann-Akten
im Bundesamt für Verfassungsschutz im NSU-Komplex
18/4636

Erkenntnisse von Bundesbehörden zu einer als
Neoschutzstaffel bezeichneten neonazistischen
Gruppierung 18/4587

Stand der Auswertung von mutmaßlichem Beweismaterial
im NSUKomplex 18/4499

**Sonstige Anfragen zum Themenfeld
extreme Rechte (Auswahl)**

Waffenbesitz und Waffeneinsatz von Neonazis **18/402**

Umsetzung des Bundesprogramms »Demokratie leben!«
18/4019

Prüfung von weiteren ungeklärten Tötungsdelikten
auf einen möglichen rechtsextremen und rassistischen
Hintergrund zwischen den Jahren 1990 und 2011 durch
die Bundesregierung **18/343**

Sprengstoffbesitz und -einsatz von und durch Neonazis
18/465

Mutmaßliche rechtsterroristische Gruppe »Deutsche
Widerstandsbewegung« **18/3794**

Bedrohungen und Gewalttaten gegen Polizeibeamte,
Staatsanwälte und Richter durch Neonazis **18/1104**

Rechtsextreme und gewaltbereite Tendenzen beim
Zusammenschluss der Gruppierung Hooligans gegen
Salafisten **18/3098**

Entwicklung der Zahl mit Haftbefehl gesuchter Neonazis
18/2283

Erkenntnisse der Bundesregierung zur Partei
»DIE RECHTE« **18/3755**

Ermittlungen gegen mutmaßliche rechtsterroristische
Vereinigungen in Nord- und Süddeutschland **18/4395**

Bericht über rechtsextreme Tendenzen bei Pegida **18/4068**

Stand und Aussichten des NPD-Verbotsverfahrens **18/4635**

Aktivitäten des Bundesamts für Verfassungsschutz
in Fußball-Fanszenen **18/2546**

Alle Antworten auf die Anfragen können über
die Drucksachenummer auf den Seiten des
Deutschen Bundestages (www.bundestag.de)
und auf den Seiten der Fraktion DIE LINKE
(www.linksfraktion.de) abgerufen werden.

Zusammenstellung:

**Dr. Gerd Wiegel, Referent für Rechtsextremismus/
Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE, Mitglied
des Sprecherrates der BAG Antifaschismus
der Partei DIE LINKE**

An alle Engagierten und Interessierten:

Werdet Mitglied der Bundes-Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus der Partei DIE LINKE!

In vielen Orten werden regelmäßig Demos gegen Neonazis organisiert, findet aktive Flüchtlingshilfe statt, gibt es Bürgerbündnisse gegen Rassismus, engagieren sich Mitglieder der LINKEN in Initiativen gegen Rechts, und vieles mehr. Die BAG Antifaschismus sieht es als ihre Aufgabe, den Austausch über die vielen Erfahrungen, die wir im alltäglichen antifaschistischen Kampf vor Ort machen, zu fördern und dabei Schnitt-

stelle, Netzwerk und Multiplikator zu sein. Der gemeinsame Erfahrungsaustausch und Wissensaustausch ist wichtig, zur Entwicklung gemeinsamer Strategien gegen rechts, und um zu spüren, dass man nicht allein gegen Windmühlen kämpft. Wer Mitglied werden möchte, ist gern bei uns willkommen. Einfach Eintrittsformular ausfüllen und abschicken, an die unten angegebene Adresse.

BAG Antifaschismus Eintrittserklärung

Name

Vorname

Geburtsdatum

Landesverband

Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE.

Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in die LAG

(Hier ggf. Namen der jeweiligen Landes-AG eintragen)

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE. (Wenn zutreffend bitte ankreuzen.)

Anschrift

E-Mail

Datum/Unterschrift

Ausgefüllte Erklärung an:

BAG Antifaschismus
Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28,
10178, Berlin
oder per Fax: 030 2411046